

Rot-Grün-Linke Bundestags-Wahlprogramme (Auszüge)

Steuern und Finanzen:

SPD

- möchten wir den **Spitzensteuersatz** linear-progressiv auf 45 Prozent anheben, der dann ab 76.200 Euro zu versteuerndem Einkommen für Singles / 152.400 für Ehepaare fällig wird.
- möchten wir die so genannte **Reichensteuer** in Höhe von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz zukünftig ab einem zu versteuernden Einkommen für Ledige von 250.000 Euro fix erheben.
- Wir werden **sehr große Erbschaften höher besteuern**. [...] Es ist uns bei der zurückliegenden Reform gelungen, zu vermeiden, dass auch sehr große Erbschaften gar nicht mehr besteuert werden. Die Union hat allerdings verhindert, dass wir hier schon zu ausgewogener Gerechtigkeit gekommen sind. Wir konnten nicht alle unsere Vorschläge durchsetzen. Wir werden diese in der neuen Bundesregierung aufgreifen.

Grüne

- Den **Spitzensteuersatz** oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen.
- Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare **Vermögenssteuer** für Superreiche
- Absurde über 50 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und Umweltkiller ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, der Flugverkehr und Diesel **ungerechte Steuerprivilegien**. Wir GRÜNE wollen diese umweltschädlichen Subventionen abbauen und in einem ersten Schritt zumindest zwölf Milliarden Euro einsparen.

Linke

- Wollen wir den **oberen Zehntausend** in diesem Land mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? [...]. Der Einfluss der Reichsten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist groß: Wer hat, dem wird gegeben.
- **weg mit der Politik von Schuldenbremse und »Schwarzer Null«**
- **Reichtum begrenzen**: Vermögen oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern, auch hohe Erbschaften. Steuern der Konzerne werden wir erhöhen und den Steuervollzug durchsetzen.
- Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten **Reichensteuer** vor: 60 Prozent auf die Teile des zu versteuernden Einkommens oberhalb von rund 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro.

Arbeits- und Sozialvorschriften:

SPD

- Unser Ziel: **unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall** sein.
- Deshalb werden wir die **sachgrundlose Befristung abschaffen** [...] Die **Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken** und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen.
- Unser **Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammbesellschaft.**
- Den **Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen.**
- Die **arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf Abruf“ werden wir eindämmen.** Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.
- Neben der **Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen** wollen wir zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Mit einer **Mindestausbildungsvergütung** (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen.
- Die **Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbessern und die Voraussetzungen präzisieren.** Die Rechtssicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen muss gegebenenfalls auch rückwirkend gewährleistet sein. Wir wollen die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum Einsatz kommen.
- **Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren.**
- **Arbeitsschutzrecht um verbindlichere Regelungen erweitern**
- **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken.**
- **neues Arbeitslosengeld Q (ALG Q)**
- **Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens zehn Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll künftig bereits Arbeitslosengeld erhalten.** [derzeit: mind. 12 Monate in zwei Jahren]
- werden deshalb **öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen** und einen dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt schaffen.
- Die **schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.**

- Um die Rechte der Beschäftigten besser zu schützen, werden wir ein **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** einführen.
- Wir werden deshalb die **Mietpreisbremse weiter verbessern**: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieterinnen und Mieter.
- In einem zweiten Schritt wollen wir das **Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln**. Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen.
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor elf Jahren in Kraft getreten. Wir werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein **Verbandsklagerecht im AGG** verankern.

Grüne

- Wir wollen ein **effektives Entgeltgleichheitsgesetz**, das auch für kleine Betriebe gilt. So können Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden. Unser Ziel ist es, **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** umzuwandeln. [...] Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Tarifpartner*innen und Arbeitgeber*innen sollen verpflichtet sein, tarifliche und nichttarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten.
- das bisherige Quotengesetz [...]: Es gilt für ganze 101 Unternehmen. Wir wollen das ändern, mit einer **50-Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen**.
- **Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte** – plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt werden. Scheinselbständigkeit wollen wir mit rechtssicheren Kriterien unterbinden.
- **Ohne sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können**.
- Wir **werden den Arbeitsschutz stärken**, damit er wirksam vor Stress, Burn-out, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit schützt.
- Der **allgemeine Mindestlohn [...]** Er muss aber für alle Angestellten gelten. Eine Erhöhung des Mindestlohns begrüßen wir. Die Höhe des Mindestlohns sollte sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren. [...] Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zulasten der Beschäftigten geht.
- Den **Schwellenwert für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken**.

- Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität bekommen [...] Dafür brauchen sie mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch **Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden** wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestalten. [...] Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen.

Linke

- Den **gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro.**
- Wir **schaffen das Hartz-IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten. Der Bezug des Arbeitslosengeldes muss deutlich verlängert** werden.
- Das **Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent** angehoben werden
- Wir wollen Arbeit so umverteilen, dass die einen nicht mehr in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so viel Arbeit finden, wie sie wollen. **Kürzere Vollzeit um die 30 Stunden in der Woche mit guten Standards:** Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. Und eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern. Wir wollen die Rente ab 65 oder nach mindestens 40 Beitragsjahren ab 60 Jahren.

Weitere Themen:

SPD

- Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die **paritätische Bürgerversicherung**. **Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen.** Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab. [...] Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dadurch um fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet.
- Wir wollen eine **europäische Sozialunion**, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet.

Grüne

- **Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest.**
- Mit der **blauen Plakette** sollen Kommunen die Möglichkeit bekommen, die Mobilität zum Schutz der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu steuern.
- Der **Bundesverkehrsminister versagt hier komplett: [...] Auf jeden neuen vermeintlichen Engpass reagiert der Verkehrsminister mit dem Aus- und Neubau von Straßen.**
- **Verkehrsinfrastruktur als Daseinsfürsorge darf nicht privatisiert werden, auch nicht indirekt durch ÖPP**
- Wir wollen **alle Lkw ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die Lkw-Maut einbeziehen.**
- **Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden.**
Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende.
- werden wir **unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen** und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln.
- **100 Prozent Ökostrom bis 2030**, das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Kohleausstieg einleiten und die schwarz-rote Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. [...]. Wir GRÜNE **wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben**
- Die **Große Koalition knausert beim EU-Haushalt, beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik, unterstützt falsche Privatisierungen**, behindert Schuldenerleichterungen für Griechenland, Eurobonds und öffentliche Investitionen und vertieft damit die Spaltung Europas.
- **Setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ein**

- **TTIP, CETA, TiSA, JEFTA** oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. **Wir GRÜNE lehnen diese Abkommen ab.**
- **Gruppenklagen für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen:** Der Fall VW hat einmal mehr deutlich gemacht: Es ist für Verbraucherinnen und Verbraucher zu schwer, ihre Rechte wirksam durchzusetzen.
- Die **Mietpreisbremse ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab.**
- Wir **GRÜNE wollen die gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln.** Alle Bürger*innen, auch Beamt*innen, Selbständige und Gutverdienende, beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer*innen getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft.

Linke

- Die **Durchsetzung von neoliberalen Handelsabkommen wie TTIP und CETA gegen den Willen von hunderttausenden Menschen oder die Erpressung Griechenlands, die verheerende neoliberale Kürzungspolitik fortzusetzen, zeigt: Wenn die Menschen eine andere Politik wollen, wird die Demokratie als Wettbewerbshindernis beiseite geschoben.**